

# das goethe



Ausgabe 2/2018



## FREIHEIT

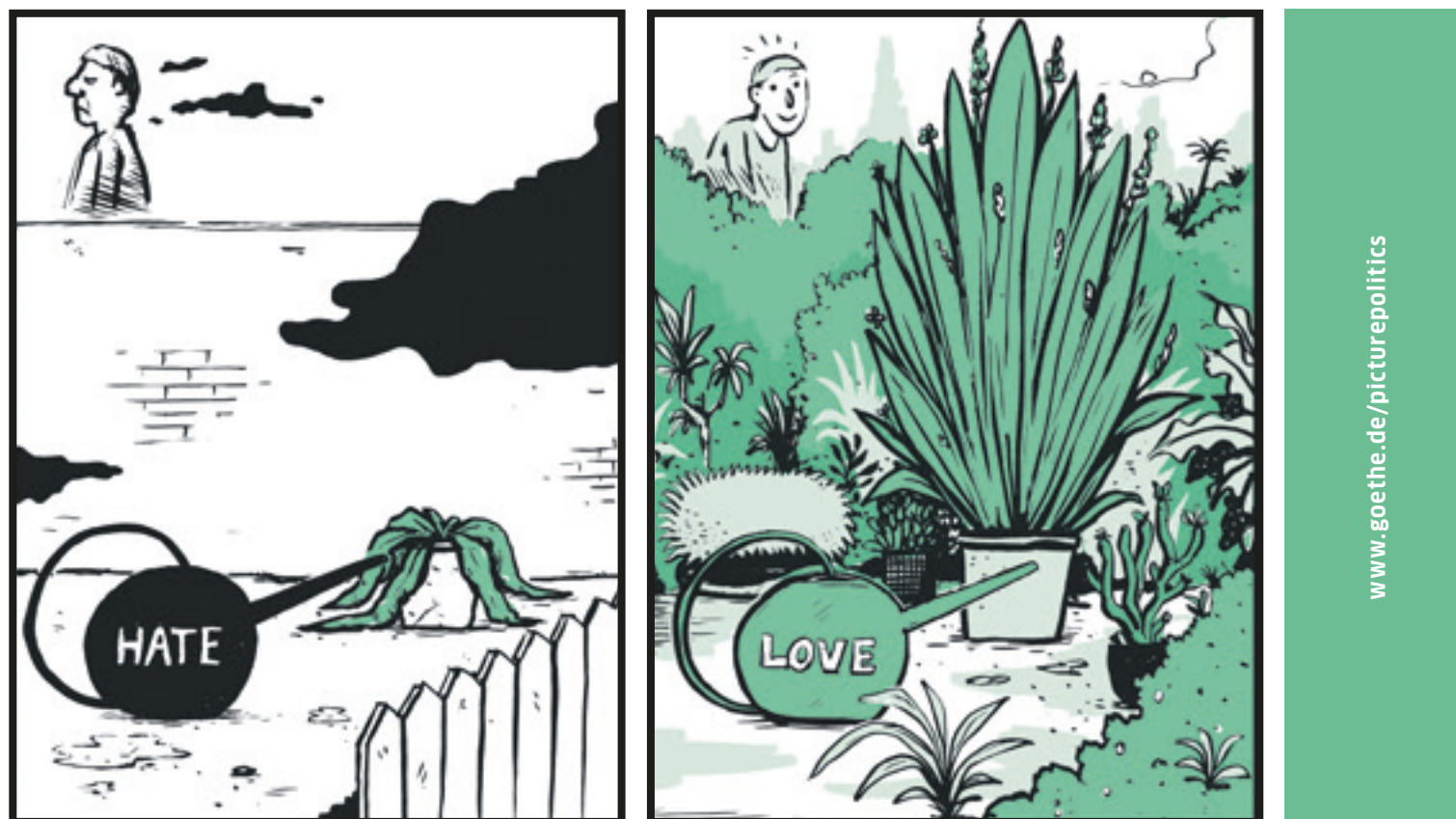
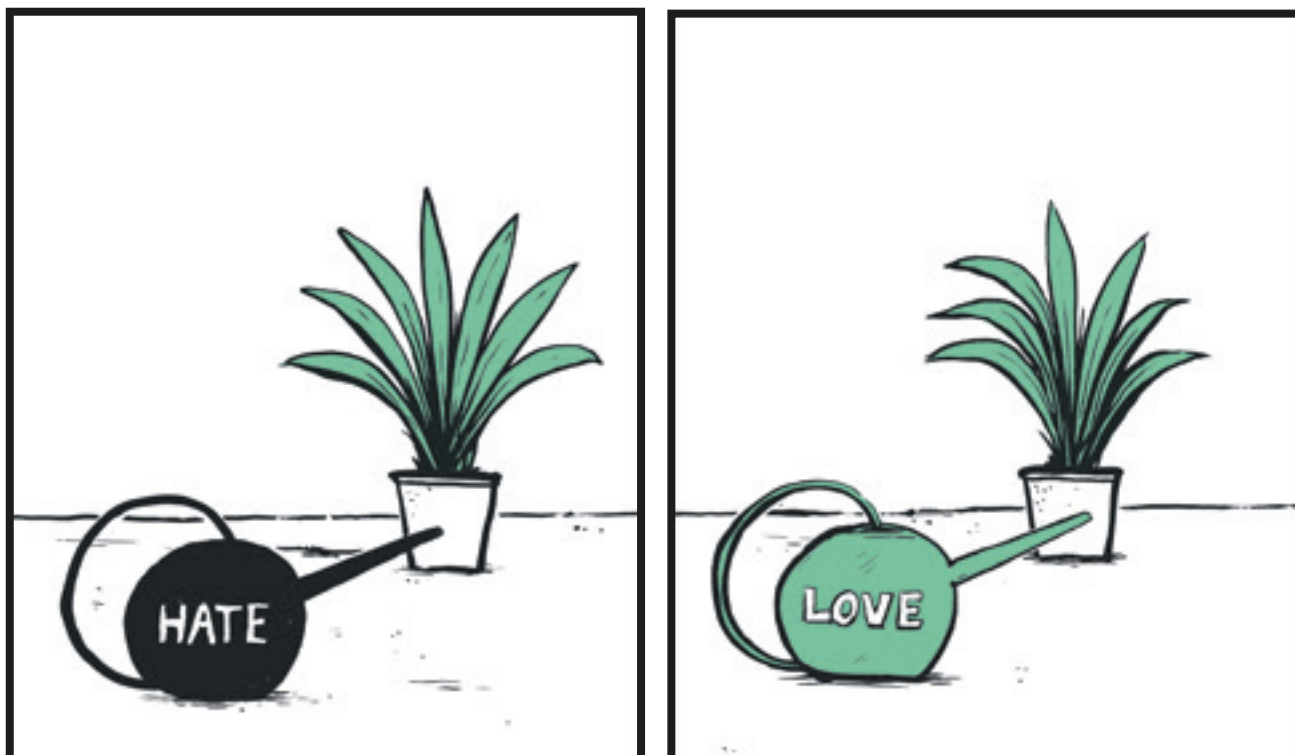
Wir dürfen uns ihrer  
nicht zu sicher sein

MIT BEITRÄGEN VON David K. Shipler (USA),  
Ondjaki (Angola), Bryan W. Van Norden  
(Singapur), Jaroslaw Kuisz & Karolina  
Wigura (Polen) – und einem Kunstwerk von  
Philipp Lachenmann (Deutschland)

**GOETHE  
INSTITUT**

Sprache. Kultur. Deutschland.





www.goethe.de/picturepolitics

Die Comics in diesem Heft stammen von der Plattform „Picture Politics“ des Goethe-Instituts. Dort nehmen Künstlerinnen und Künstler zu den in den Medien publizierten Ängsten, Mythen und Vorurteilen Stellung: [www.goethe.de/picturepolitics](http://www.goethe.de/picturepolitics)

## LIEBE LESERINNEN UND LESER!

In dieser Ausgabe von „das goethe“ werfen wir einen Blick auf das Thema Freiheit: Freiheit in anderen Teilen der Welt, in autoritären Systemen und im so genannten „Westen“.

In den USA, Europa und auch in Deutschland gibt es seit einigen Jahren eine Entwicklung, die nicht selten fassungslos macht. Irrationale Ängste, Radikalisierungen, Ressentiments und Feindbilder führen vielerorts zu nationalistischen Bewegungen, die wir längst für überwunden hielten. Es entstehen – nicht nur in den Köpfen – neue Grenzen und Ausgrenzungen. Und wir laufen Gefahr, uns an diese Fassungslosigkeit zu gewöhnen. Gleichzeitig erleben wir, wie in vielen Ländern die Räume für Akteure der Zivilgesellschaft, für Künstler und Wissenschaftler enger werden.

Umso wichtiger ist es deshalb gerade in diesen Zeiten, den Wert der Freiheit, der die Grundlage von Toleranz, Menschenwürde, Meinungsfreiheit und anderen Errungenschaften unserer Demokratie ist, immer wieder zu thematisieren. Als weltweit tätige Mittlerorganisation sehen wir uns in der Pflicht, dies zu tun und auch dort nach Gemeinsamkeiten zu suchen, wo sie nicht offensichtlich sind.

Wir verstehen uns als Institution mit europäischem Auftrag. So initiiert das Goethe-Institut das Projekt „Freiraum“, in dem rund 50 Akteure aus Kultur, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in über 40 europäischen Städten Fragen nachgehen wie: Was ist Freiheit heute in Europa? Wo ist sie in Gefahr? Wie stärken wir sie?

## UNSER TITELBILD



Johannes Ebert (links) und Klaus-Dieter Lehmann

Auf den folgenden Seiten lesen Sie Meinungen, Essays und Geschichten von Schriftstellern, Journalistinnen und Comic-Künstlern aus unter anderem den USA, aus Polen und Angola, die mit uns ihren persönlichen Blick auf das Thema „Freiheit“ teilen.

Abschließend bedanken wir uns herzlich bei den Mitwirkenden für ihre Beiträge und bei den Unternehmen des Wirtschaftsbeirats des Goethe-Instituts für die Unterstützung bei der Realisierung dieser Beilage.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre!

Klaus-Dieter Lehmann

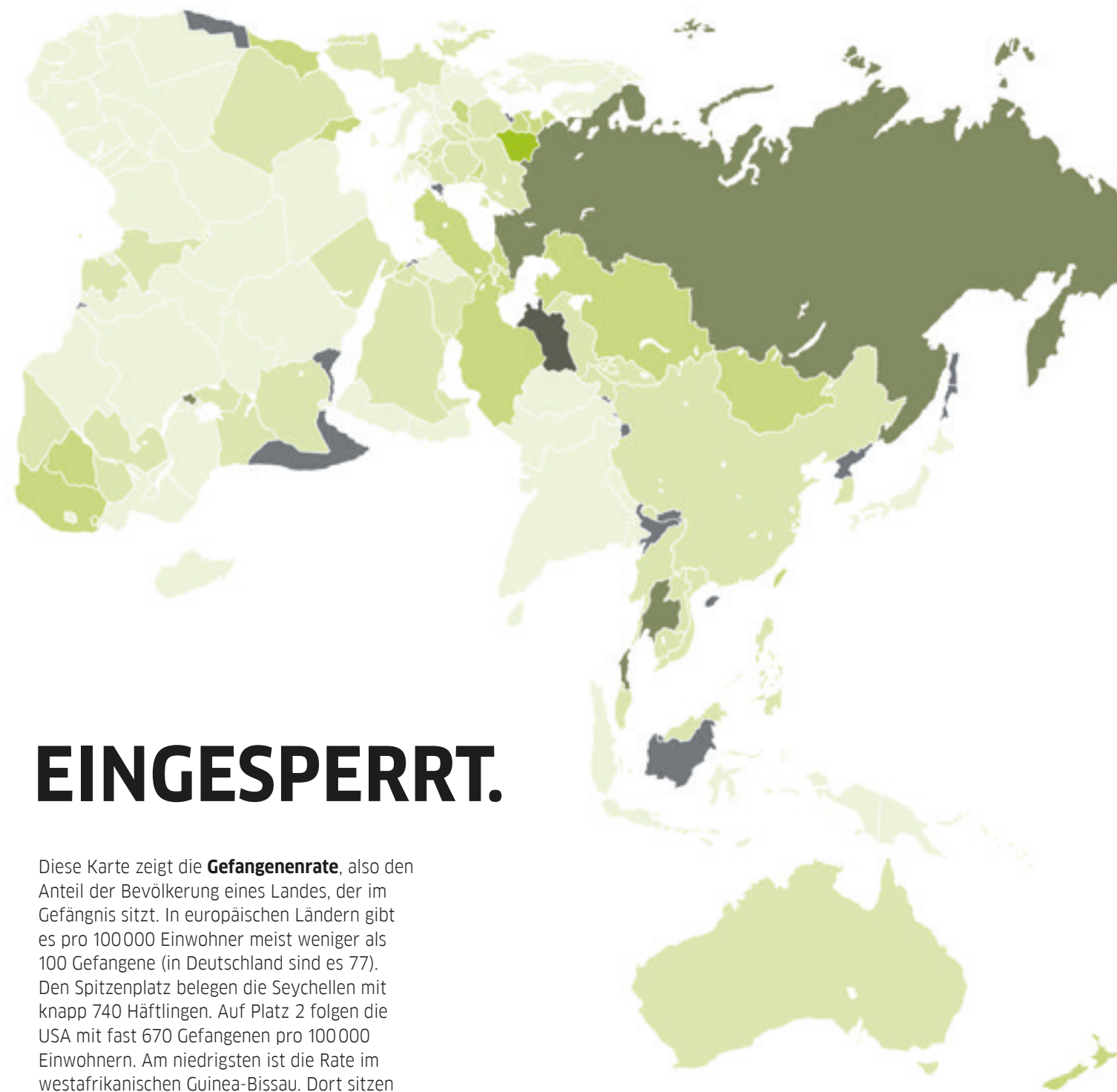
Klaus-Dieter Lehmann  
Präsident

Johannes Ebert

Johannes Ebert  
Generalsekretär

Nach einem Jahr und drei Tagen war der Journalist Deniz Yücel wieder frei. Am 16. Februar 2018 empfing er seine Frau vor den Toren des Istanbul Gefängnisses mit einem Strauß Petersilie – seit dem ersten gemeinsamen Urlaub die „Blume unserer Liebe“, wie Dilek Mayatürk Yücel schrieb. Ihr Mann hatte sich, so oft es ging, im Knastladen Petersilie besorgt, „die mich an Dilek erinnert“

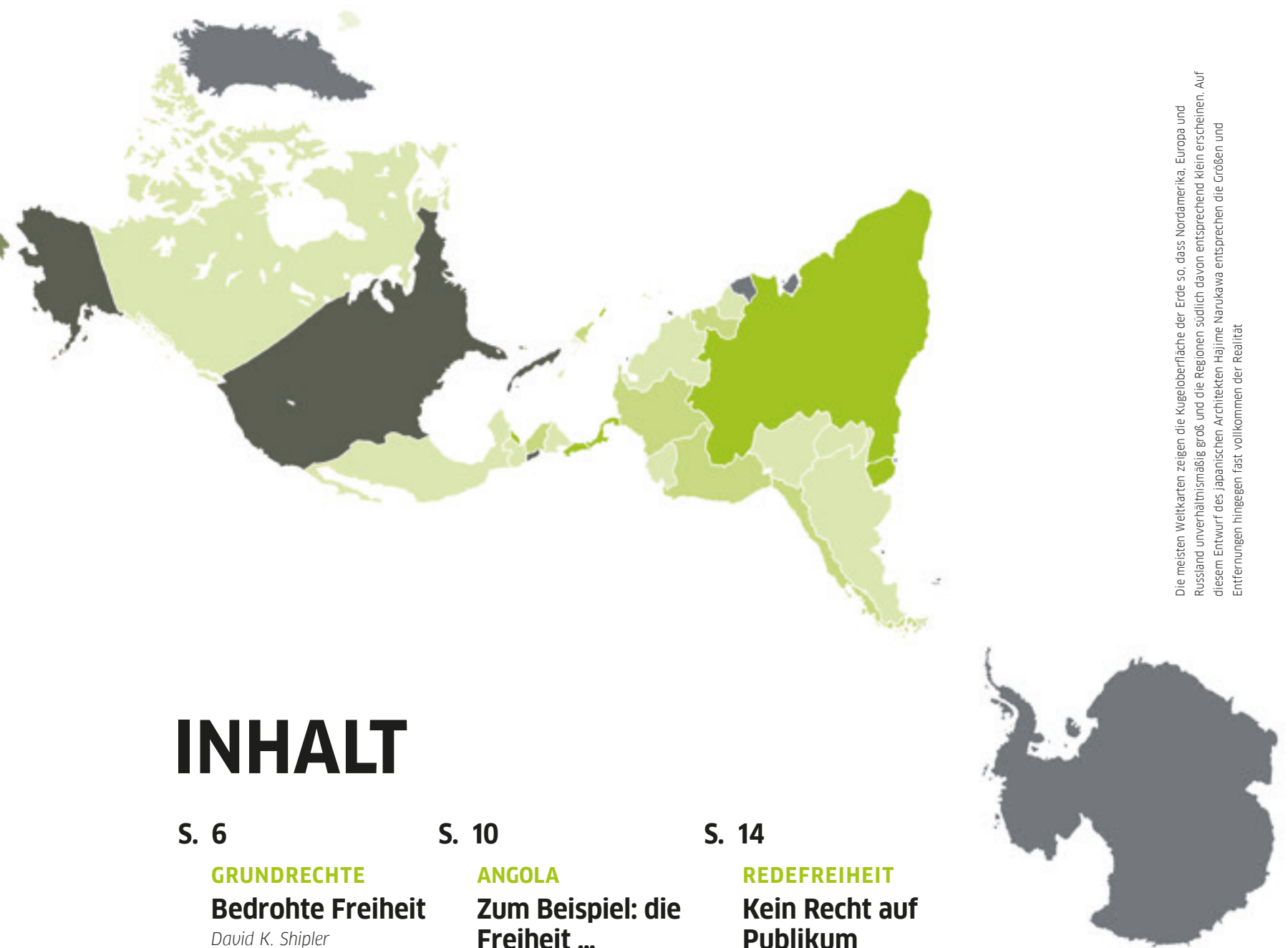
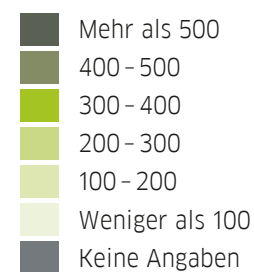




# EINGESPERRT.

Diese Karte zeigt die **Gefangenenerate**, also den Anteil der Bevölkerung eines Landes, der im Gefängnis sitzt. In europäischen Ländern gibt es pro 100000 Einwohner meist weniger als 100 Gefangene (in Deutschland sind es 77). Den Spitzenplatz belegen die Seychellen mit knapp 740 Häftlingen. Auf Platz 2 folgen die USA mit fast 670 Gefangenen pro 100000 Einwohnern. Am niedrigsten ist die Rate im westafrikanischen Guinea-Bissau. Dort sitzen nur zehn von 100000 Einwohnern im Gefängnis.

World Prison Brief, Institute for Criminal Policy Research (ICPR), Birkbeck, University of London, 2016



Die meisten Weltkarten zeigen die Kugeloberfläche der Erde so, dass Nordamerika, Europa und Russland unverhältnismäßig groß und die Regionen südlich davon entsprechend klein erscheinen. Auf diesem Entwurf des japanischen Architekten Hajime Narukawa entsprechen die Größen und Entfernungen hingegen fast vollkommen der Realität

# INHALT

S. 6

## GRUNDRECHTE

### Bedrohte Freiheit

*David K. Shipler*

Wenn Demokratien ihre Minderheiten nicht mehr schützen, sind sie selbst in Gefahr

S. 10

## ANGOLA

### Zum Beispiel: die Freiheit ...

*Ondjaki*

Der angolansische Schriftsteller erzählt die Geschichte seines Heimatlandes

S. 14

## REDEFREIHEIT

### Kein Recht auf Publikum

*Bryan W. Van Norden*

Natürlich dürfen auch Lügner sagen, was sie wollen – aber auf großer Bühne?

S. 16

## CUT IT OUT

### 45 Sekunden Solidarität

*Annette Walter*

Wenn Bilder abgehängt und Gedichte übermalt werden, ist die Freiheit der Kunst bedroht

S. 18

## POPULISMUS

### Die zwei Arten der Angst

*Jarosław Kuisz & Karolina Wigura*

Immer mehr Menschen fürchten sich vor der Zukunft. Und vor einem Rückfall in die Vergangenheit

S. 20

## KETTENREAKTION

### Quer durch Europa denken

*Cecilia Hansson & Samuel Hamen*

Kluge Menschen stellen anderen eine Frage rund um das Thema Freiheit

S. 22

## FÜNF SÄTZE KUNST

### Philipp Lachenmann ...

... über seine Video-Installation „Turkish Night (AKM), 2018“

# BEDROHTE FREIHEIT

DAVID K. SHIPLER

**Auch in Demokratien kann gewählt werden, wer Ressentiments bedient und die Rechte von Minderheiten beschneiden will. Wir dürfen die Gefahr nicht unterschätzen**

**N**irgendwo auf der Welt ist der Rechtsstaat so stark wie in Dänemark: Im so genannten Rechtsstaatlichkeits-Index des World Justice Project (WJP) belegt das Land den ersten von 113 Plätzen. Doch nun verhängte im August ausgerechnet die dänische Polizei ein Bußgeld von umgerechnet 134 Euro gegen eine 28-jährige Muslimin – und zwar für das Tragen eines Nikab. Kurz zuvor war ein landesweites Verbot der Ganzkörperverschleierung in Kraft getreten.

Ähnliche Verbote gelten in unterschiedlicher Form bereits in Bulgarien, Frankreich, Österreich und einigen Regionen Deutschlands. Im vergangenen Jahr bestätigte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte auch ein belgisches Gesetz, welches Kleidung, die das Gesicht teilweise oder ganz bedeckt, im öffentlichen Raum verbietet. Inmitten nationalistischer Ängste um Sicherheit und Kultur wird somit ein überaus privates religiöses Recht in einem juristischen Ansturm niedergetrampelt, der Ressentiments gegenüber allem „Anderen“ zum Ausdruck bringt.

Ein Rechtsstaat fügt sich aus vielen Bestandteilen zusammen und bildet das Fundament bürgerlicher Freiheit. Um die Grundrechte einer freien Gesellschaft aufrechtzuerhalten, ist er notwendig, aber allein nicht ausreichend. So mag Dänemark bei der Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit an erster Stelle stehen (auf den nächsten

Plätzen der globalen Rangliste folgen übrigens Norwegen, Finnland, Schweden, die Niederlande und Deutschland, während die Vereinigten Staaten weit abgeschlagen an 19. Stelle rangieren), doch als frei kann das Land für Musliminnen, die die Regeln ihres Glaubens befolgen wollen, nun kaum mehr gelten.

**Für wahre Freiheit ist der Schutz von Minderheitenrechten gegenüber der Tyrannei der Mehrheit unerlässlich**

Freiheitsrechte sind vielfältig und oft wenig spezifisch. Sie ziehen sich durch Politik, Kunst, Literatur und das gesamte moralische Gewebe des gesellschaftlichen Lebens und Diskurses. Sie umfassen das uneingeschränkte Recht, sich zu jeglichem oder auch zu gar

keinem Glauben zu bekennen; frei zu schreiben, zu publizieren, zu lesen; von einer uneingeschränkten Presse zu profitieren; sich ohne Angst offen zu äußern; gemeinsam zu protestieren; sich zu organisieren; frei zu reisen; selbstbestimmt zu arbeiten – und so weiter.

Rechtsstaatlichkeit ist konkreter. Ohne eine Fülle von Gesetzen und rechtlichen Verfahren wäre die Freiheit des Einzelnen vor den Launen eines Autokraten oder eines Mobs ungeschützt. Doch das Beispiel Dänemark zeigt: Selbst wo das Rechtsstaatsprinzip gilt, kann der Mehrheitswille die bürgerliche Freiheit untergraben. Für wahre Freiheit ist der Schutz von Minderheitenrechten gegenüber der Tyrannei der Mehrheit unerlässlich, selbst wenn Letztere das Gesetz als Werkzeug nutzt.

„Ein effektiver Rechtsstaat reduziert Korruption, bekämpft Armut und Krankheit und schützt die Menschen vor Ungerechtigkeiten auf allen Ebenen“, konstatiert das World Justice Project. Die Organisation wurde 2006 von der American Bar Association, einer Vereinigung von Rechtsanwälten, Richtern und Studenten der Rechtswissenschaften ins Leben gerufen. Seitdem ist die Definition von Rechtsstaatlichkeit zu einem Kriterienkatalog verfeinert worden, anhand dessen Länder nach zwei allgemeinen Grundsätzen bewertet werden können.

Die erste Richtmarke, so der jüngste WJP-Bericht, misst, „inwieweit die Gesetze eines Landes die Machtausübung durch den Staat und seine Vertreter als auch durch Individuen und private Einrichtungen eingrenzen“. Neben einer offenen und rechenschaftspflichtigen Regierung braucht es hierzu faire und kohärente Gesetze, die ihre Anwendung in einer unparteiischen Rechtsprechung finden. Grundelemente des Rechtsstaatsprinzips sind Transparenz, Stabilität und Rechtssicherheit.

„Das zweite Kriterium misst, ob der Staat den Handlungsspielraum gesellschaftlicher Mitglieder einschränkt und ob er seinen Grundpflichten gegenüber der Bevölkerung nachkommt: dem Gemeinwohl zu dienen, Menschen vor Gewalt zu schützen und allen Mitgliedern der Gesellschaft den Zugang zu Streitbeilegung und Beschwerdemechanismen zu gewährleisten.“ Kriminalität und zivile Konflikte sind unter Kontrolle, staatliche Bestimmungen werden „ohne unzulässige Einflussnahme“ durchgesetzt, der Zugang zu einer korruptionsfreien Zivilgerichtsbarkeit ist gesichert und in der Strafjustiz sind Angeklagten faire Gerichtsverfahren und weitere Rechte garantiert.

Nach dem gesamten Kriterienkatalog erreicht kein einziges Land die bestmögliche Wertung. So erzielt Dänemark von insgesamt 100 Punkten 89, Deutschland 83 und die Vereinigten Staaten 73.



Seit August 2018 ist in Dänemark die Gesichts- und Ganzkörperverschleierung in der Öffentlichkeit verboten. In Kopenhagen protestierten über tausend Menschen gegen das Verbot. Auch Dänen solidarisierten sich



Ein Rechtsstaat kann in einem Vakuum nicht gedeihen; er muss tief in den ethischen Vorstellungen einer Gesellschaft verwurzelt sein. In den USA verspottet derweil Präsident Trump – der ungeniert Diktatoren bewundert und, wenn die amerikanische Verfassungsordnung es zuließe, sicherlich selbst einer wäre – die Herrschaft des Gesetzes. Trumps wütende Anhänger, die bei hasserfüllten Kundgebungen lauthals Beifall spenden, würden vermutlich gegen verfassungsmäßig garantierte Sicherheiten stimmen, wenn sie glaubten, davon seien andere und nicht sie selbst betroffen.

Eine Demokratie kann tatsächlich kippen. Wem die Freiheiten der anderen nicht gefallen, kann für den Kandidaten stimmen, der die eigenen Ressentiments teilt. In einem System wie dem US-amerikanischen kann auf diese Weise jemand an die Macht gelangen, der dann gleichgesinnte Richter ernennt, die ihrerseits nach und nach all jene Institutionen und Prinzipien aushöhlen, die eigentlich auch die eigene Freiheit schützen sollten. Der US-Richter und Rechtsphilosoph Learned Hand (1872 – 1961) sagte einst: „Die Freiheit liegt in den Herzen aller Männer und Frauen. Wenn sie dort stirbt, kann keine Verfassung, kein Gesetz, kein Gericht sie schützen.“

Angriffe auf die Bürgerrechte können aus allen Richtungen des politischen Spektrums kommen. Oftmals werden sie pflichtbewusst rationalisiert – man dürfe nicht zulassen, dass gesellschaftliche Freiheit zu schändlichen Zwecken ausgenutzt werde, heißt es dann. Und tatsächlich, wie steht es mit Hassreden, Verleumdung oder den russischen Memes, Bots und Trollen, die westliche Gesellschaften weiter polarisiert und Wahlen verfälscht haben? Sollte es Grenzen geben, was gesagt werden darf? Und wenn ja – wer entscheidet, was zulässig ist? War es richtig, dass Apple, Facebook, YouTube und andere die Hasstiraden des Verschwörungstheoretikers Alex Jones, der bereits Millionen von Followern hatte, einfach löschten?

Vielleicht. Wie der New Yorker Journalist Abbott Joseph Liebling (1904 – 1963) es einmal ausdrückte, gilt Pressefreiheit „nur für diejenigen, die auch eine Presse besitzen“. Als Privatunternehmen besteht für diese Hightech-Giganten im Gegensatz zur US-Regierung kein rechtliches Hindernis, Redebeiträge einzuschränken. Der erste Zusatz der amerikanischen Verfassung – die garantierte Redefreiheit – gilt weniger für private Akteure als für die US-Regierung. In Zeiten eines Präsidenten Trump, der die freie Presse gerne nach stalinistischer Manier als „Volksfeinde“ bezeichnet, erscheint dieser Schutz besonders kostbar.

Nach amerikanischem Recht dürfen selbst Ideen verbreitet werden, die der großen Mehrheit der Bevölkerung widerwärtig sind. Europäische Verbote der Holocaustleugnung würden in den USA voraussichtlich als ebenso verfassungswidrig befunden werden wie das südafrikanische Verbot rassistischer Reden. Oliver Wendell Holmes Jr. (1841 – 1935), ein hochangesehener US-Richter, sagte einmal: „Wenn ein Prinzip unserer Verfassung zwingend bindend ist, dann das der Gedankenfreiheit – nicht für diejenigen, die mit uns übereinstimmen, sondern Freiheit für die Gedanken, die wir hassen.“ Anstatt hasserfülltes Gedankengut im Dunkeln gären zu lassen, sollten wir es grellem Sonnenlicht aussetzen.

Im Strafrecht wie in der Meinungsfreiheit sind die Rechte, die der Freiheit des Einzelnen zugrunde liegen, zerbrechlich. Gerade dann, wenn sie besonders unbeliebt sind oder den schlechtesten Bürgern zugutekommen, müssen sie geschützt werden. So entstand etwa die richtungsweisende „Miranda-Warnung“ (die obligatorische Rechtsbelehrung von Tatverdächtigen durch US-Polizeibeamte über das Recht auf Aussageverweigerung und einen Anwalt), als der Oberste US-Gerichtshof in den 1960er-Jahren die Verurteilung Ernesto Mirandas (1941 – 1976) aufhob.

Miranda war über viele Jahre immer wieder mit dem Gesetz in Konflikt geraten: Schulverweigerung, Einbruch, ein Jahr Jugendbesserungsanstalt, bewaffneter Raubüberfall, unerlaubtes Entfernen von der Truppe, Monate im Militärgefängnis, unehrenhafte Entlassung aus der Armee, Überqueren von Bundesstaatsgrenzen in einem gestohlenen Auto, ein Jahr Bundesgefängnis und wieder Raubüberfall. Als er schließlich für die Entführung und Vergewaltigung einer geistig behinderten 18-Jährigen verurteilt wurde, ging Miranda vor dem Supreme Court in Berufung; bei einer Gegenüberstellung hatte die Frau ihn nicht eindeutig identifizieren können.

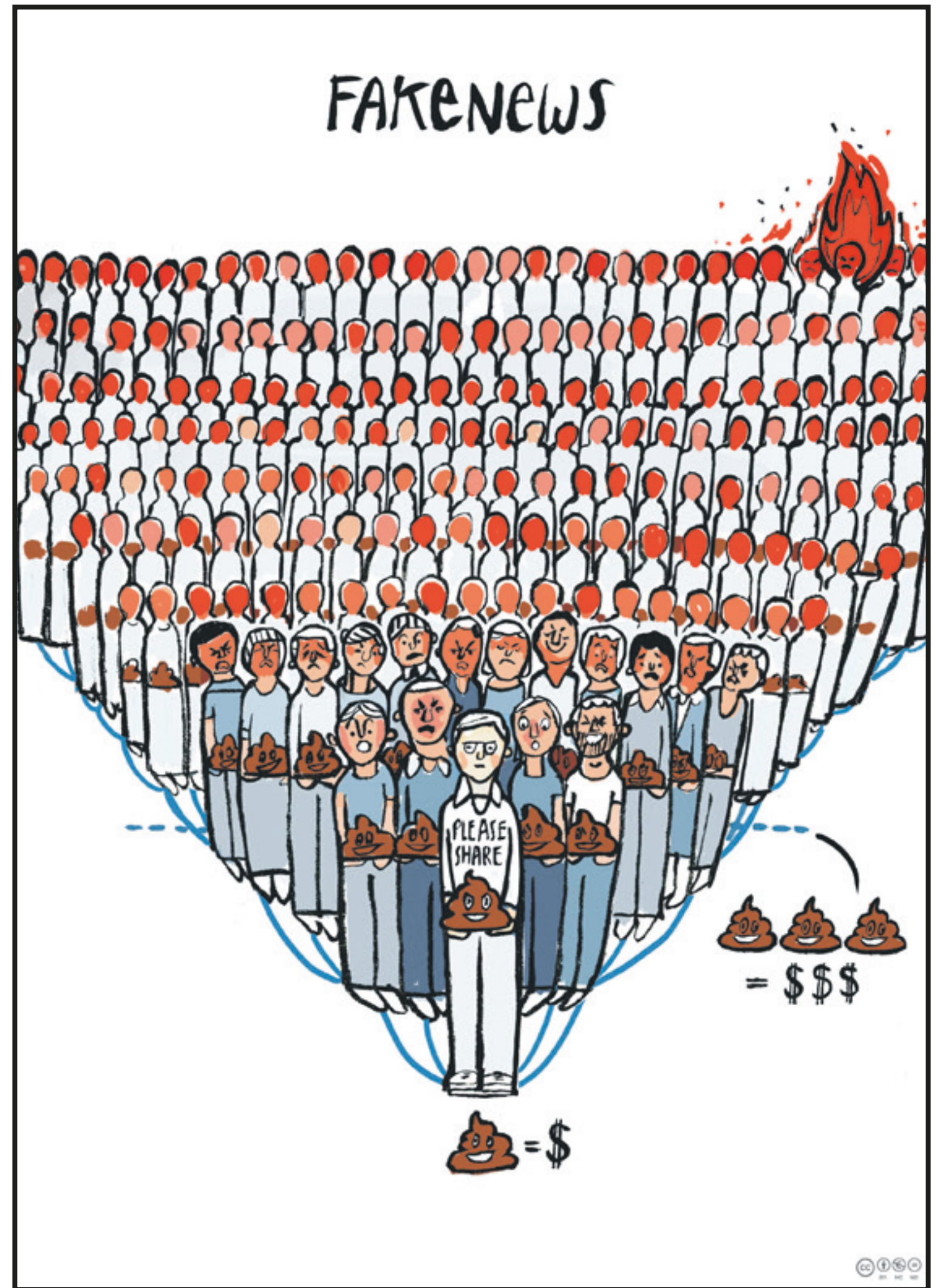
Aufgrund des Verdachts eines erzwungenen Geständnisses forderte der Oberste Gerichtshof eine Wiederaufnahme des Falls; am Ende wurde der Angeklagte wegen der Zeugenaussage seiner Lebensgefährtin verurteilt, der er von der Vergewaltigung erzählt hatte. Wie in vielen anderen juristischen Präzedenzfällen hinterließ auch hier ein ehrloses Leben am Ende immerhin ein ehrenvolles Erbe.

An diesem Schnittpunkt laufen die Herrschaft des Rechts und bürgerliche Freiheiten zusammen und stärken sich gegenseitig. In den USA ist die Anzahl falscher Geständnisse leider sehr hoch. Im Rahmen des Innocence Project zur Aufklärung von Justizirrtümern zeigte sich, dass etwa 20 Prozent der untersuchten Verurteilungen auf Schuldeingeständnissen basierten, die später durch DNA-Beweismaterial widerlegt werden konnten. US-Polizeibeamte werden sogar in einer Reihe von Tricks geschult, um Geständnisse herbeizuführen, speziell bei Kindern und psychisch Kranken.

Doch das Problem wäre noch viel größer, wenn nicht das Rechtsstaatsprinzip mittlerweile so flächendeckend akzeptiert und das Miranda-Urteil nicht zum Alltag sämtlicher Polizeibeamter und erstinstanzlicher Richter geworden wäre. Ansonsten würden die Miranda-Rechte gar nicht verlesen, nicht einmal so oberflächlich, wie es oft geschieht. Geständnisse könnten noch immer unter Androhungen oder sogar Folter erzwungen werden.

Wir sollten nicht vergessen, dass Freiheit unteilbar ist. Werden Bürgerfreiheiten zuerst für manche eingeschränkt, dann irgendwann auch für alle.

**DAVID K. SHIPLER** ist ehemaliger Korrespondent der New York Times. Er ist Autor von drei Büchern zu bürgerlichen Freiheiten: „The Rights of the People“, „Rights at Risk“ und „Freedom of Speech“. Für sein Werk „Arab and Jew: Wounded Spirits in a Promised Land“ erhielt er 1987 den Pulitzer-Preis



ALEXANDRA KLOBOUK DEUTSCHLAND



# ZUM BEISPIEL: DIE FREIHEIT ...

ONDJAKI

Hoy quiero un telescopio / donde se vea el futuro  
Y que en este haya paz / y un mundo seguro ...  
Nunca habrá revolución / sin evolución de conciencia

Heute will ich ein Teleskop / durch das man die Zukunft sieht  
Und dass darin Frieden sei / und eine sichere Welt ...  
Eine Revolution wird nie kommen / ohne die Evolution des Gewissens

*Canserbero, venezolanischer Rapper, in: „aceptas?“*

**1) Zum Beispiel aus unserer Geschichte:** 500 Jahre lang war Angola ein kolonisiertes Land. 1482 waren die Portugiesen unter Diogo Cão am Kongo an Land gegangen.

Sie brachten ihre politischen, religiösen und kulturellen Vorstellungen mit und unterdrückten die Menschen. Auch Jahrhunderte später, lange nach dem Ende der Sklaverei, litten schwarze Einheimische und so genannte „Mulatten“ unter der gesellschaftlichen Ausgrenzung. Sogar in Angola geborene Weiße galten als „Weiße zweiter Klasse“.

Widerstand regte sich früh. Doch die vereinzelt Aufstände rebellierender Völker im Süden und Osten des Landes wurden vom portugiesischen Kolonialregime mit militärischer Gewalt in Schach gehalten. Die angolansische Nation entstand folglich aus denen, die über das Meer gekommen waren und blieben, jenen, die sie dort antrafen und denen, die aus dieser kulturellen Vermischung hervorgingen. Die Küsten waren von politisch oder wirtschaftlich mächtigeren Völkern besiedelt, und so wurde über die Jahre das angolansische Landesinnere „erobert“.

Schließlich erreichte der systematische Widerstand auch die Städte. Benguela, Lubango, Huambo und Luanda wurden zu Zentren ideologischer Organisation gegen die koloniale Besetzung. Anfang

des 20. Jahrhunderts meldeten sich einige mutige Journalisten und Intellektuelle zu Wort und forderten explizit die Unabhängigkeit oder Autonomie Angolas.

Doch das portugiesische Regime, immer gieriger nach den Reichtümern, die es Angola und anderen afrikanischen Kolonien entriss, betrachtete diese Länder weiterhin als gewöhnliche portugiesische Provinzen. In den Köpfen von Leuten aus dem politischen und kulturellen Bereich entstanden schließlich verschiedene Unabhängigkeitsbewegungen.

**2) Zum Beispiel Schriftsteller während der Kriege:** Pepetela (Jahrgang 1941), einer der bekanntesten angolansischen Schriftsteller, entdeckte seine literarische Neigung als Guerillero und Kommandant an der Nordfront. „Ngunga“ (in deutscher Übersetzung von Tilla Thonig erschienen 1981 im Ostberliner Kinderbuchverlag) war als eine Art Lehrbuch für Portugiesisch und kulturelle Orientierung für angolansische Kinder gedacht. Es handelt von einem Kindersoldaten, der durch das Land zieht und für seine Ideale kämpft, und gehörte vor und kurz nach der Unabhängigkeit in Angola zu den meistgelesenen Büchern des Landes.

„Die Idee für das Buch bekam ich, als ich im Osten für eine Erhebung der MPLA-Stützpunkte (Movimento Popular de Libertação de



Im Juni 2015 versammelten sich in der Sagrada Família Kirche von Luanda mehr als hundert Menschen zu einer Mahnwache. Sie forderten die Freilassung von 15 Aktivisten, die eines Putschversuchs verdächtigt worden waren. Zudem zeigten sie sich solidarisch mit dem Rapper Luaty Beirão (aka Ikonoklasta), der sich im Hungerstreik befand

Angola; deutsch: Volksbewegung zur Befreiung Angolas) unterwegs war. Erstmals sollte erfasst werden, wie viele es gab und wie viele Männer wir hatten ... Ich reiste von Basis zu Basis und half dort den Lehrern ... Mir fiel auf, dass die Kinder zum Lesen nur ihre Schulbücher hatten, und ihnen richtige Geschichten fehlten. So entstand „Ngunga“, sagt Pepetela.

Eine weitere große Gestalt der angolansischen Literatur ist Luandino Vieira. 1935 in Portugal geboren, betrachtete er sich stets als Angolaner. Von der portugiesischen Geheimpolizei PIDE festgenommen, kurz darauf befreit, wurde er 1961 zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt, die er im Gefangenenlager Tarrafal auf den Kapverden verbüßte. 1972 kehrte er nach Portugal zurück, nach der Unabhängigkeit nach Angola, wo er bis 1992 blieb.

Er schloss sich früh der MPLA an und wurde wegen Verschwörung gegen die portugiesischen Kolonialherrscher verhaftet. Während seiner Haft schrieb er weiter. Als sein Erzählband „Luvanda“ 1965 den Preis der portugiesischen Schriftstellervereinigung erhielt, wurde diese von der portugiesischen Geheimpolizei aufgelöst.

Luandino Vieiras Werk wurde schnell zu einem Bezugspunkt der angolansischen Literatur. Trotz seiner Gefangenschaft beteiligte er sich weiter aktiv am Befreiungskampf seines Landes.

Selbst Guerilleros wie Agostinho Neto (1922 – 1979), Arzt, Dichter und ab 1975 erster Präsident der Republik Angola, widmeten sich neben der politischen Aktivität der Literatur. Als seien die Gründung und später das weitere Schicksal des Landes von Anfang an eng mit Büchern verbunden.

Weder im Unabhängigkeitskampf bis 1975 noch während der zwischen 1975 und 2002 tobenden Bürgerkriege und trotz der mehr oder weniger schwierigen politischen und gesellschaftlichen Situation stellte die Literatur ihren Betrieb niemals ein. Gleichwohl litten auch die Kulturschaffenden der angolansischen Nation nach der Unabhängigkeit unter Beschränkungen.

**3) Zum Beispiel die 80er-Jahre:** Die 1980er-Jahre waren aus literarischer Sicht eine überaus produktive Zeit. Mit den sich verschärfenden sozialen und wirtschaftlichen Problemen, vor allem im Landesinneren, wo die Kämpfe immer heftiger wurden, strömten Tausende, insbesondere aus dem Süden und Osten Angolas, in die Städte. In Luanda, Hauptstadt und Sitz der politischen und wirtschaftlichen Elite, trafen nun die ethnischen, kulturellen und sozialen Eigenheiten aus fast allen Landesteilen aufeinander.

Auch die literarischen Inhalte jener Zeit konzentrierten sich auf Luanda und das Städtische. Nur die Lyrik wagte sich darüber hinaus.



Dieses Foto entstand 1982, sieben Jahre nach der Unabhängigkeit Angolas. Es zeigt die Mannschaften eines Freundschaftsspiels zwischen den „alten“ Schriftstellern, die für die Unabhängigkeit gekämpft hatten, und der „Brigada dos jovens escritores“, der neuen Generation angolanischer Schriftsteller. Mit dabei waren auch Pepetela, Manuel Rui und Luandino Vieira (6., 7. und 8. von rechts)



Ruy Duarte de Carvalho und später Ana Paula Tavares, João Maimona oder José Luis Mendonça treten mit modernen, abstrakten lyrischen Tönen auf die poetische Bühne des Landes. In ihren Gedichten prallen Stadt und Land manchmal aufeinander, manchmal ergänzen sie sich auch harmonisch.

Und die Literatur für Kinder? Spielte sie in den schwierigen 1980er-Jahren Angolas eine Rolle? Tatsächlich erlebte sie gerade in dieser Zeit eine Blüte. Zum Beispiel in Gestalt der Bücher von Dario de Melo, Gabriela Antunes oder Cremilda Lima.

Neben ästhetischen Aspekten ging es den Autorinnen und Autoren um die Beschäftigung mit der angolanischen Kultur – ohne die Eigenheiten des Genres zu vernachlässigen: „Kinderliteratur ist in erster Linie: Literatur. Sie arbeitet mit Kunst, Schönheit und Genuss und ist keineswegs (wie das im portugiesischen Begriff „Literatura infantil“ enthaltene Adjektiv nahelegt) kindisch.“

Als das erste nach der Unabhängigkeit erschienene Kinderbuch gilt „A Caixa“ von Manuel Rui aus dem Jahr 1977. Im gleichen Jahr veröffentlichte Maria Eugénia Neto, Ehefrau des ersten angolanischen Präsidenten, „E nas florestas os bichos falaram“ (im Deutschen ungefähr: „Und in den Wäldern sprachen die Tiere“), das mit dem Ehrenpreis der UNESCO-Kommission der damaligen DDR ausgezeichnet wurde.

**4) Zum Beispiel die 90er-Jahre:** Die kulturelle Macht, deren Akteure und das Kunstgeschehen überhaupt, ballten sich in Luanda und anderen, vom Krieg verschonten Städten.

Obwohl nach den Wahlen im Jahr 1992 erneut der Krieg ausbrach, wirkte sich die Veränderung des politischen Systems sofort auf allen Ebenen aus. Das Wirtschaftsleben veränderte sich trotz der neuerlichen Konflikte grundlegend. Neue Verlage entstanden, alte wurden wiederbelebt. In jedem davon war für Prosa, Lyrik und sogar Kinder- und Jugendliteratur Platz.

Dario de Melo veröffentlichte noch bis Ende der 1990er-Jahre, Celestina Fernandes und Cremilda Lima waren indes die produktivsten Autorinnen dieser Zeit. Maria João aus Lubango veröffentlichte 1992 mit „A escola e a dona lata“ (im Deutschen ungefähr: „Die Schule und Frau Blech“) eine interessante Reflexion über leere Trockenmilchdosen, die Kindern im Unterricht in Ermangelung von Schulbänken als Sitzgelegenheiten dienten.

Nach 2000 betraten weitere Autoren die Bühne der Kinderliteratur: Yola Castro, John Bela und ich mit „Ynari, a Menina das Cinco Tranças“ (2002; im Deutschen etwa: „Ynari, das Mädchen mit den fünf Zöpfen“).

**5) Eine persönliche Anmerkung:** Bücher und Erfahrungen: Ich wuchs in den 1980er-Jahren in Luanda auf und habe einige der oben erwähnten Bücher gelesen. Der Sozialismus als politisches und gesellschaftliches System war der Kern meiner Bildung. 1991 geschah in Angola der Wechsel zu einem demokratischen System.

Die Kinder, von denen ich in der angolanischen und auch der mosambikanischen Literatur in der Schule las, waren wie die, die ich aus meinem realen Alltag kannte. Mit Ausnahme derer, die in der Zeit vor der Unabhängigkeit spielten, waren viele Geschichten in der konkreten Wirklichkeit angesiedelt – etwa in dem Buch „Quem me dera ser onda“ (im Deutschen ungefähr: „Ich wünschte, ich wäre eine Welle“) von Manuel Rui. Meine Generation hatte in den 1980er-Jahren selbst erlebt, was später in der Literatur über diese Zeit geschrieben wurde.

Die literarische Beschreibung der zeitlichen Umstände, die sprachlichen Besonderheiten und sozialen Aspekte empfanden wir als „realistisch“. Das war das Schöne an der Literatur: Obwohl alles ausgedacht war und aus der Feder eines Künstlers stammte, war das, was da stand, die gesellschaftliche Wahrheit unseres Alltags. „Straße“ und „Schule“ beschrieben das Lebensgefühl unserer Kindheit. Der berühmte Satz in unseren Heften und Schulbüchern

„Der Stift ist die Waffe des Pioniers“ wurde zu unserem Lebensmotto. Und ja: Revolutionen wurden mit Büchern gemacht, mit Stiften, durch Lesen und Schreiben. Einige von uns, ich eingeschlossen, glaubten an die Macht des geschriebenen Wortes.

**6) Zum Beispiel die Macht des Wortes:** Es gibt viele Beispiele dafür, was Worte bewirken können. 2014 erklärte der Rapper Mc K, dass „Rap einer der wenigen Musikstile ist, in dem sich einigermaßen natürlich die intellektuelle Übung der Information und Gewissensbildung, der Kampf um Forderungen und zivilgesellschaftliches Engagement verwirklichen lässt.“ Seine Lyrik ist vom Anfang seiner Karriere an rau und direkt, er macht „Underground“-Rap – und das bringt ihn in Schwierigkeiten: „Wegen der Widerständigkeit meiner Musik; weil wir in einer embryonalen Demokratie leben, die sich dem Pluralismus verschließt und in der Personen, die anders denken, Verbrechen gleichstellt werden ..., muss ich, um ein Konzert geben zu können, eine Reihe von Verfahren durchlaufen, die nicht verfassungsgemäß sind: ... ich muss bei der Provinzverwaltung für Kultur eine Genehmigung einholen, obwohl Artikel 42 der Verfassung sagt, dass die Kunst frei und unzensiert sein soll. ... Wir spielen nicht jedes Konzert, fragen immer, woher die Bezahlung kommt, beteiligen uns nicht an parteipolitischen Veranstaltungen, weder der Opposition noch der Regierenden.“

Einige Jahre zuvor, 2003, wurde der 27-jährige Arsénio Sebastião „Cherokee“ von Agenten der Präsidentengarde UGP getötet. Die Elitetruppe ist allen Jugendlichen ein Begriff: „Cherokee wurde ... getötet, weil er ein Stück von mir gesungen hatte. 2006 wurde mir der Verkauf von Platten verboten. 2011 brach man mir nach der Veröffentlichung einer Platte die Haustür auf. Man hat mir schon Reifen zerstoßen, ich bekam Drohbriefe und Anrufe. Wegen all dieser Erfahrungen und Einschränkungen meiner Freiheit überwiegt heute mein Mut gegenüber den Drohungen, die ich erhalte.“

Ein anderes Beispiel, das um die Welt ging, war im Juni 2015 die Verhaftung von 17 Jugendlichen in Luanda wegen „verbrecheri-

scher Vorbereitung von Rebellion ... und Anschlägen auf den (damaligen) Präsidenten der Republik und andere Mitglieder von Organen staatlicher Souveränität“. Die Anschuldigung traf 17 Personen (15 kamen in Untersuchungshaft, zwei Frauen wurden unter Hausarrest gestellt). Es gab ein Gerichtsverfahren, ein Urteil (eine weitere Telenovela ...).

Unter den Festgenommenen war auch der angolanische Rapper Luaty Beirão (aka IkonoKlasta). In seinem Lied „Sou Um Kamikaze Angolano e esta é a minha missão“ (etwa: „Ich bin ein angolanischer Kamikaze und das ist meine Mission“) aus dem Jahr 2012 wandte er sich direkt an den damaligen angolanischen Präsidenten: „Du bist ein Stück Eisen, Mann / kalt und unbelebt / dein Herz (hast du eins?) schlägt auf der falschen Seite.“ Mein Rat an die Leser ist, sich mit diesen zwei Namen, Mc K und Luaty Beirão, bei Gelegenheit intensiver zu beschäftigen.

Junge Leute, Jugendliche, die widersprechen: Die große Mehrheit der jungen Leute beweist eindrucksvoll, wie klar die Jugend politisch und gesellschaftlich denkt. Dabei ist unerheblich, ob man dem jeweils zustimmt. Niemand, nirgendwo auf der Welt, hat in allem recht, was er oder sie sagt oder postuliert. Doch es muss immer Zeit sein, dem zuzuhören, was „jüngere“ unter Mühen und Zweifeln, zwischen Schläue und Weisheit zu sagen haben.

Was wären wir für Erwachsene, wären wir nicht in der Lage, den Jungen zuzuhören?

Was für ein Glück, und wie stolz bin ich darauf, dass wir ein Land haben, in dem sich die Jungen Gedanken machen, denken und ihre eigenen Schlüsse ziehen; Forderungen aufstellen und auf ihr Recht auf Überzeugungen genauso pochen wie auf das Recht auf Zweifel!

**7) Zum Beispiel die Gegenwart mit Blick auf die Zukunft:** Heute, 2018, angesichts der starken Veränderungen, die wir nach den Bemühungen der neuen Regierung seit September 2017 um „Meinungsfreiheit“, „Bürgerrechte“ und „Informationsfreiheit“ erleben, und trotz immer noch bestehender Missstände räume ich ein: Im Großen und Ganzen hat sich manches verbessert. Gleichwohl hat die große Mehrheit der Bevölkerung so große Probleme, dass sie diese Verbesserungen ‚im Großen und Ganzen‘ gar nicht wahrnehmen. Zumindest nicht in ausreichendem Maße.

Der Rapper Canserbero würde sagen: „Es ist keine Lösung / den Armen eine Bildung zu geben / wenn du ihnen nur eine erbärmliche Bildung gibst.“

Man darf nie vergessen, dass ein Fluss aus zwei Ufern besteht, wie die Hand eines Alten, der die Hand eines Jungen umfasst.

*ONDJAKI, eigentlich Ndalú de Almeida, kam 1977 in Luanda zur Welt. Er studierte Soziologie in Lissabon und veröffentlichte 2001 seinen ersten Roman. 2006 drehte der Schriftsteller zusammen mit einem Freund einen Dokumentarfilm über Angolas Hauptstadt. Für seine Werke wurde er mehrfach ausgezeichnet. Heute lebt Ondjaki abwechselnd in Luanda und Rio de Janeiro. Das Goethe-Institut Angola lud ihn zu dem Literaturprojekt „Estórias Kambutas“ (Kleine Geschichten) ein, das sich an Kinder in den Vorstädten Luandas richtet*



# KEIN RECHT AUF PUBLIKUM

BRYAN W. VAN NORDEN

**Natürlich dürfen auch Ignoranten und Lügner ihre Meinung frei äußern. Doch muss ihnen auch der Zugang zu einer breiten Öffentlichkeit gewährt werden?**

Vor dieser ersten Entwicklung in den Demokratien warnte der deutsch-amerikanische Philosoph Herbert Marcuse (1898 – 1979) schon 1965: „Bei Debatten in den Massenmedien [wird] die dumme Meinung mit demselben Respekt behandelt wie die intelligente, der Ununterrichtete darf ebenso lange reden wie der Unterrichtete, und Propaganda geht einher mit Erziehung, Wahrheit mit Falschheit.“

Weil die Medien in erster Linie ein größtmögliches Publikum erreichen wollen, kommt es zu einer verzerrten Wahrnehmung. Es geht um Reichweiten. So darf im US-Fernsehen der Schauspieler und evangelikale Christ Kirk Cameron darüber referieren, dass man der Evolutionslehre keinen Glauben schenken sollte, solange Biologen keine Beweise einer *crocoduck* – einem Wesen aus Krokodil und Ente – erbrächten. Eine Schauspielerin aus der Riege der D-Promis spricht in einem Interview über eine Stunde lang über die ihrer Ansicht nach falschen Empfehlungen von Forschern und Ärzten zu Impfungen. Kein Wunder, dass wir erleben, was Marcuse als „die systematische Verdummung von Kindern wie von Erwachsenen durch Reklame und Propaganda“ beschrieb.

Marcuse benannte das Problem zwar unmissverständlich, als Teil der Lösung befürwortete er aber die Unterdrückung rechtsextremer Ansichten. Doch das halte ich erstens für unmoralisch, weil dies mit Gewalt einherginge. Zweitens ist es unrealisierbar, weil das Internet ja ein per se nicht blockierbares Informationsnetzwerk ist.

Stattdessen müssten wir zwischen freier Rede und gerechtem Zugang unterscheiden. Der Zugang zur weiten Öffentlichkeit durch Fernsehsender, Zeitungen und Zeitschriften, Vorträge und so weiter ist eine begrenzte Ressource. Wie bei allen begrenzten Gütern ist es nur gerecht, wenn dieser institutionelle Zugang auf Grundlage von Leistung und gesellschaftlichem Nutzen gewährt wird.

Zwischen einer Zensur und der Verweigerung institutioneller Verbreitungswege gibt es einen klaren Unterschied. Als beispielsweise amerikanische Spitzenuniversitäten (darunter die Columbia University und die New York University) den Publizisten Charles Murray einluden, seine pseudowissenschaftlichen Thesen über genetisch festgelegte Rassenunterschiede der Intelligenz zu diskutieren, fügten sie der fairen und ausgewogenen Diskussionskultur einen Schaden zu. Hätten diese renommierten Institutionen Murray das Forum verweigert, wären sie ihrer Rolle als treuhänderische Wächter der rationalen Debatte gerecht geworden.

Die Entscheidung der US-Nachrichtensendung *Morning Joe*, Kellyanne Conway künftig nicht mehr in die Sendung einzuladen, schuf hingegen einen guten Präzedenzfall für einen gerechten Zugang. Conway, ehemals Donald Trumps Wahlkampfmanagerin und heute eine seiner Beraterinnen, wurde berühmt für ihre Formulierung der „alternativen Fakten“. In dem TV-Interview hatte sie damit die eindeutig falschen Aussagen des Pressesprechers des Weißen Hauses Sean Spicer zur Größe der Menschenmenge während Donald Trumps Amtseinführung vor dem Kapitol zu rechtfertigen versucht.

Tatsächlich zeigen Forschungsergebnisse, dass die Wahrscheinlichkeit, dass einer Behauptung geglaubt wird, bei ständiger Wiederholung steigt – selbst wenn diese Behauptung definitiv falsch ist. Wenn Journalisten solche Behauptungen wiederholen, erhöhen sie damit die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen diesen Lügen irgendwann glauben.

Ich kann Herbert Marcuse nicht in allem beipflichten. So erklärte er ominös, dass wir nicht „a priori ... auf Gewalt gegen Gewalt verzichten“ sollten. Doch Mahatma Gandhi und Martin Luther King zeigten uns, dass gewaltloser Widerstand mehr ist als ein moralischer Anspruch; er zeugt vor allem von einer strategischen



Zur Amtseinführung des US-Präsidenten Donald Trump kamen weit weniger Zuschauer als zu der seines Vorgängers Barack Obama. Kellyanne Conway, Beraterin von Trump, rechtfertigte die nachweislich falschen Aussagen des Pressesprechers des Weißen Hauses Sean Spicer zur Größe der Menschenmenge als „alternative Fakten“. In Deutschland und Österreich wurde diese Formulierung 2017 zum „Unwort des Jahres“ gewählt

Was schadet es also, wenn Menschen offensichtliche Unwahrheiten und faden-scheinige Argumentationen zu hören kriegen, wenn doch jede zurechnungsfähige, einigermaßen gebildete Person sie durchschauen kann? Nun, die Menschen sind einfach nicht auf diese von Mill vermutete Art und Weise rational.

Gleichwohl hatten John Stuart Mills Argumente historisch positive Auswirkungen. Wie sein Zeitgenosse Alexis de Tocqueville

(1805 – 1859) sah er nämlich in der „Tyrannei der Mehrheit“ eine fortwährende Bedrohung der Demokratie. Als Verfechter der Rechte von Frauen und als Gegner der Sklaverei wusste Mill, dass viele seiner Zeitgenossen allein die Diskussion dieser Themen als anstößig empfanden. Unter dem Schutz eines weitgehend uneingeschränkten Rechts auf freie Meinungsäußerung fänden auch Sichtweisen Gehör, die zwar den Tatsachen entsprachen, aber beim Großteil der Gesellschaft unbeliebt waren.

Seit Mill haben sich die Umstände jedoch stark verändert. Wenn „Redefreiheit“ für uns auch das Recht auf ein Publikum an Universitäten, im Fernsehen und in den Printmedien bedeutet, dann begünstigt diese Art der Redefreiheit in Wirklichkeit eben jene Tyrannei der Mehrheit. Institutionen, die eine große Öffentlichkeit erreichen und somit maßgeblich zur Meinungsbildung beitragen, sollten eine treuhänderische Verantwortung wahrnehmen und nur jene Menschen zu Wort kommen lassen, deren Kompetenz außer Zweifel steht.

Wenn Rassisten Vorträge in Universitäten halten oder Schauspieler im Fernsehen haltlos gegen wissenschaftliche Erkenntnisse agieren, ist das kein Zeichen intellektueller Aufgeschlossenheit. Vielmehr werten die Verlage und Sender solche Ansichten auf diese Weise auf und erwecken den Eindruck, als gehörten sie zum rationalen Diskurs. Natürlich haben renitente Ignoranten und intellektuelle Hochstapler jedes Recht der Welt, ihre Meinung zu äußern. Aber das Recht auf ein großes Publikum haben sie nicht.

BRYAN W. VAN NORDEN ist Lehrstuhlinhaber an der Philosophischen Fakultät der Universität Wuhan (China), Kwan-Im-Thong-Hood-Cho-Temple-Professor am Yale-NUS College (Singapur) und James-Monroe-Taylor-Professor für Philosophie am New Yorker Vassar College. Dieser Artikel basiert auf einem am 25. Juni 2018 in der New York Times erschienenen Beitrag

Klugheit. Denn Gewalt stärkt den Gegner, der nur zu gerne die Rolle des Märtyrers ergreift. Somit war es ein Fehler, als das Middlebury College in Vermont Charles Murray einlud. Ein noch größerer Fehler war aber, dass Studenten ihn und eine Professorin, die ihn begleitete, tötlich angriffen.

Paradoxerweise gehört jene Professorin, die bei dem Zwischenfall verletzt wurde, zu den Kritikern Murrays. Doch verteidigte sie dessen Rederecht auf dem Campus, indem sie den englischen Philosophen John Stuart Mill (1806 – 1873) zitierte. Dessen 1859 veröffentlichtes Werk „Über die Freiheit“ enthält ein verlockend schlichtes Argument zugunsten einer quasi absoluten Meinungsfreiheit.

Nach Mill ist nämlich jede geäußerte Ansicht entweder vollständig wahr, teilweise wahr oder falsch. Wer also behauptet, dass eine missliebige oder abstoßende Meinung falsch sei, beansprucht damit die „eigene Unfehlbarkeit“. Ist eine Meinung wahr, dürfe sie – egal, wie unpopulär sie auch ist – nicht eingeschränkt werden. Und wenn eine Äußerung nur teilweise der Wahrheit entspricht? Dann, so Mill, sollten wir ihr Gehör schenken, denn „der Rest der Wahrheit [hat] nur durch den Zusammenstoß entgegengesetzter Meinungen irgend eine Aussicht zum Vorschein zu kommen.“ Selbst wenn eine Ansicht falsch sei, käme es der Gesellschaft zugute, sich mit den Gründen für deren Unrichtigkeit auseinanderzusetzen. Und solange eine wahrheitsgemäße Sichtweise nicht hinterfragt wird, würde sie lediglich „in der Art eines Vorurteils mit wenig Verständnis oder Gefühl für ihre vernünftige Grundlage festgehalten werden“.

Das Problem bei Mills Argument ist, dass es auf einer naiven Vorstellung von Vernunft gründet, die der Philosoph von Denkern der Aufklärung übernommen hatte. Für René Descartes und andere gab es nur eine einzige, ahistorische und rationale Methode der Wahrheitsfindung: alle gebildeten Menschen sind demnach in etwa gleich fähig, die Wahrheit zu erkennen.



# 45 SEKUNDEN SOLIDARITÄT

ANNETTE WALTER

**Zensur findet nicht nur in autoritären Staaten statt. Auch in europäischen Museen wurden Bilder abgehängt. Kunstschaffende aus aller Welt setzen sich in Kurzfilmen mit der zunehmenden Einschränkung der Meinungsfreiheit auseinander**

Der Fall Pawel Machcewicz ging 2017 europaweit durch die Medien. Machcewicz wurde als Direktor des Museums des Zweiten Weltkriegs in Danzig entlassen. Die rechtskonservative polnische Regierung kritisierte das angeblich zu pazifistische Ausstellungskonzept des Historikers und die explizite Darstellung des polnischen Antisemitismus. Ein weiteres Beispiel aus Russland: Der Europäischen Universität St. Petersburg wurde im August 2017 die Lehrlizenz entzogen. Die Einrichtung wehrte sich, mittlerweile läuft der Betrieb an der Hochschule zumindest eingeschränkt wieder. Von staatlichen Zugriffen waren auch zwei Universitäten in Budapest betroffen: Dort will die ungarische Regierung die Geschlechterstudien verbieten, an der staatlichen Hochschule ist das Verbot bereits in die Wege geleitet. Vorgänge, die exemplarisch dafür stehen, wenn Regierungen auf für sie missliebige Stimmen in der Wissenschaft mit Zensur und Repressionen reagieren.

Über diese Fragen haben sich 25 Künstlerinnen und Künstler aus der ganzen Welt Gedanken gemacht und 45-sekündige Kurzfilme gedreht. „CUT IT OUT – Films Against Censorship“ des Goethe-Instituts in Zusammenarbeit mit Arte befasst sich mit Mechanismen der Zensur. Auch demokratische Staaten setzen dieses Mittel ein. Die Themen sind so vielfältig wie die Herkunftsländer der Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Angola, Bosnien/Herzegowina, Brasilien, China, Deutschland, England, Frankreich, Georgien, Indonesien, Israel, Österreich, Philippinen, Polen, Rumänien, Russland, Tschechien, Türkei, Ungarn, USA und Vietnam sind dabei. Auch wenn die politische Situation in ihren Heimatländern unterschiedlich ist, eint alle Regisseure der Wunsch, solidarisch gegen Zensurbestrebungen aktiv zu werden.

Die israelische Regisseurin Anat Even etwa wählt eine subtile Ästhetik, um ihr Anliegen zu verdeutlichen: In ihrem Film ist eine Jalousie zu sehen, die allmählich einen Wohnraum verdunkelt, bis

weder Licht noch Geräusche mehr eindringen. Even will den Rückzug des Bürgers in seine eigenen vier Wände zeigen.

„Leider hören wir zurzeit auch in Israel nicht genug Kritik gegen den Staat“, sagt Anat Even, „trotz der schlimmen Dinge, die hier geschehen.“ Sie ist der Meinung, dass in ihrer Heimat Israel die Selbstzensur bei den Bürgern immer mehr wachse. Das Schweigen der Zivilgesellschaft erklärt sie sich damit, dass Menschen in einer Atmosphäre der Hetze und Verfolgung Angst hätten, ihre politische Meinung zu äußern.

**Im Zuge der MeToo-Debatte gab es mehrere Fälle, in denen Kunstwerke als sexistisch verurteilt wurden**

Dass die Zivilgesellschaft kein Gehör findet, besorgt auch die Brasilianerin Ana Luiza Azevedo: Wenn sich die Menschen nicht trauten, ihre Meinung zu äußern, würden missliebige Stimmen mundtot gemacht – in ihrer Heimat mit Gewalt und sogar Mord. Sie thematisiert in ihrem Film die Ermordung von Marielle Franco, einer jungen schwarzen und lesbischen Politikerin, die 2016 in den Stadtrat von Rio de Janeiro gewählt wurde und im März 2018 in ihrem Auto erschossen wurde. In Azevedos Beitrag wird die ebenfalls junge und schwarze Poetry-Slammerin Cristal Rocha zur Anklägerin dieses Verbrechens, das bisher nicht aufgeklärt wurde.



Die vietnamesische Filmemacherin Thi Nguyen zeigt Künstlerinnen und Künstler, die sich vor der Kamera ausziehen. So solidarisiert sie sich mit einer Künstlerin, die sich zuvor in einer Performance nackt gezeigt hatte – woraufhin die Polizei von Hanoi den Kunstraum Nha San Studio schloss

In Brasilien sind Poetry Slams eine wichtige Plattform des Protestes, sagt die Filmemacherin: „Dort erhebt die LGBTQ-Bevölkerung ihre Stimme.“ Der Mord an Franco war ein Versuch, all das, was sie repräsentierte, zum Schweigen zu bringen, beklagt Azevedo. „Wir dürfen solche Versuche nicht zulassen, die alle mundtot machen wollen, die gegen Ungleichheit und Repression kämpfen.“

Die Filmemacherin sorgt sich um die Situation in ihrem Land: „Die Demokratie steht unter Druck, seitdem der gewählte Präsident durch einen Coup einer weißen Elite, die das große Geschäft repräsentiert, abgesetzt wurde. Wir haben Restriktionen bei der Ausübung der Gesetze, moralische Zensur von Kunstausstellungen und Theaterstücken sowie eine wachsende Zahl an Toten, meistens der schwarzen und jungen Bevölkerung, für die jegliche Erklärung fehlt.“

Aber auch über die Freiheit in der Kunst ist in letzter Zeit weltweit gestritten worden. Im Zuge der MeToo-Debatte gab es mehrere Fälle, in denen Kunstwerke als sexistisch verurteilt wurden: In Manchester hingte die Art Gallery zeitweise ein Bild mit nackten Nymphen des Präraffaeliten John William Waterhouse ab. Werke des Malers Balthus schmähen manche Kritiker als voyeuristisch und pädophil. Das Gedicht „Avenidas“ von Eugen Gomringer wurde an der Wand der Alice Salomon Hochschule in Berlin übermalt, weil es Studierendenvertreter als frauenfeindlich empfanden. Ist es Zensur, wenn Lyrik oder Kunst im öffentlichen Raum ausgelöscht wird, oder ein berechtigter Akt, weil Menschen die Gleichberechtigung der Geschlechter angegriffen sehen? Eine Frage, die vielstimmig diskutiert wird.

Wie Kunst unter Druck gerät, wenn auch auf andere Weise, thematisiert die vietnamesische Filmemacherin Thi Nguyen. Sie erinnert an einen Vorfall von 2010: Während eines Festivals

hatte sich eine Künstlerin in einer Performance nackt gezeigt, was einen Skandal hervorrief und am Ende zur Schließung des Kunstraums Nha San Studio in Hanoi durch die Polizei führte.

In Nguyens minimalistischem Film sieht man Männer und Frauen in einer Reihe in einem schwarzen Raum. Eine Frau, die mit dem Rücken zum Betrachter steht, zieht ihren schwarzen BH aus, ein Mann streift seine Unterhose herunter und entblößt seinen nackten Po, die Kamera fährt dabei langsam über ihre Körper, die schutzlos und verletzlich wirken (siehe Bild). Am Ende stehen alle nackt da. Indem Nguyen die Künstlerinnen und Künstler dabei filmt, wie sie sich vor der Kamera ausziehen als Zeichen von Protest gegen die Schließung des Kunstraums, solidarisiert sie sich auch mit der Performance, die den Aufruhr erzeugte und macht ihre Empörung deutlich.

Während es Nguyen um aktuelle Ereignisse geht, richtet der russische Künstler Nicolai Nasedkin den Blick zurück in die Vergangenheit und erinnert an die politisch Verfolgten während des Stalinismus, die im Land noch immer nicht genügend Würdigung erfahren. Er zeigt den Entwurf einer Installation, bei der ein mit Kerzen und einem Wachturm beladenes Floß auf der Moskwa schwimmen sollte. Für Nasedkin sind Aktionen zeitgemäß, die weniger einen direkt politischen als einen erinnern-den Charakter haben, denn: „Solange wir uns nicht mit den Schrecken des Stalinismus auseinandersetzen, werden wir nicht frei sein.“

ANNETTE WALTER ist freie Journalistin, lebt in München und Berlin und schreibt unter anderem für die taz, Spex und Missy Magazine. Ihre Schwerpunkte sind Popkultur und Politik

Webseite des Projekts „CUT IT OUT – Films Against Censorship“: [www.goethe.de/cutitoutshorts](http://www.goethe.de/cutitoutshorts)



# DIE ZWEI ARTEN DER ANGST

JAROSŁAW KUISZ & KAROLINA WIGURA

**Warum sind Menschen so empfänglich für Phrasen und Parolen wie lange nicht mehr? Weil sie die Zukunft fürchten – und die Vergangenheit**

In dem 1835 erschienenen Buch „Über die Demokratie in Amerika“ schreibt Alexis de Tocqueville (1805–1859) von einer besonderen Art der Angst. Mit nahezu religiöser Inbrunst fürchteten sich die Vertreter des Ancien Régime seinerzeit vor der Macht des sich ausbreitenden Postulats sozialer Gleichheit. Tatsächlich führte es in der Französischen Revolution zu Grausamkeiten. In Nordamerika brachte es dagegen eine neue Art von Staat hervor.

Auch die gegenwärtige politische Krise entspringt einer Spannung zwischen Gleichheitsforderungen und der Freiheit, wie sie im Westen nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Fall des Kommunismus verstanden wurde. Nach den düsteren Erfahrungen der Totalitarismen des 20. Jahrhunderts sollte die Freiheit des Individuums durch Rechtsstaatlichkeit und eine stabile politische Mitte abgesichert werden.

Heute erleben wir in Anlehnung an die Terminologie des US-amerikanischen Politologen Samuel Huntington (1927–2008) eine „Demokratisierungswelle“, die dieses Fundament erschüttert. Die sozialen Medien ermöglichen es fast jedem, sich permanent politisch zu äußern. Das hat die Spielregeln der Politik verändert. Im Namen der Demokratie fordern heute viele den Abriss etablierter institutioneller Ordnungen, stellen Autoritäten in Frage und zweifeln an zentralen Instanzen der Meinungsbildung. Politiker wie Donald Trump ignorieren Pressemeinungen, die selbst ein Richard Nixon nicht hätte übergehen können. Weltweit werden die Rufe nach Gleichheit, Respekt und Anerkennung immer lauter – und wie zu Tocquevilles Zeiten löst dieser „Demokratisierungs-Tsunami“ Ängste aus.

Im Kontext technologischer Strukturwandel stehen sich dabei zwei Arten der Angst gegenüber. Auf der einen Seite steht die Angst vor der Zukunft, auf der anderen die Angst vor der

Vergangenheit und einem Rückfall in das Denken der 1930er Jahre. Ein Aspekt dieses Konflikts ist der wiedererstarkte Gegensatz zwischen „Ost-“ und „Westeuropa“.

Aus der Sicht des ungarisch-britischen Politologen Frank Furedi, der an der University of Kent lehrt, verbindet die Angst vor dem Siegeszug der Gleichheit heutige Anti-Populisten mit den Aristokraten des 19. Jahrhunderts. Der Populismus sei bloß ein Impuls hin zu mehr Gleichheit und Freiheit – Jarosław Kaczyński in Polen und Viktor Orbán in Ungarn wären somit nur die Verstärker eines Teils der von ihnen repräsentierten Bevölkerungen.

**Vielleicht müssen sich Demokraten bestimmte Mechanismen des Populismus zu eigen machen**

Doch dieses Bild weist eklatante Lücken auf. Indem Populisten demokratische Energien freisetzen, blockieren sie diese an anderer Stelle. Ein typisches Beispiel ist die fundamentale Umgestaltung der Gerichtsbarkeit in Polen. Dort argumentiert die konservative PiS-Partei, dass sie „die Gerichte demokratisiert“. Die Judikative agiere frei von gesellschaftlicher Kontrolle und diene kaum den Bürgern, sie müsse daher der durch Wahlen legitimierten Exekutive untergeordnet werden.

Aber in der Praxis wird aus schönen Worten niedere Prosa.



Fachliche Berufungskriterien für wichtige Ämter sind aufgehoben, Personen, die der PiS nicht passen, werden schlicht entfernt und es droht eine politisch gesteuerte richterliche Gewalt. Mit den ursprünglichen Versprechen hat dies nichts gemein. Warum also genießen die Populisten trotz dieser so offensichtlichen Doppel-moral weiterhin so viel Unterstützung?

Populismus ist die jüngste Phase des Infotainments. Der berühmte Satz des kanadischen Philosophen Marshall McLuhan (1911–1980), wonach „das Medium die Botschaft ist“, bedeutet in der Politik, dass nur Erfolg hat, wer die Medien seiner Zeit versteht. Politiker wie Donald Trump, Viktor Orbán oder Nigel Farage haben erkannt, wie ihnen in den sozialen Medien sogar das gegnerische Lager zu Popularität verhilft. Von Ungarn und Polen über Schweden bis nach Deutschland verzeichnen populistische Parteien europaweit außergewöhnliche Zustimmungswerte. Die Anti-Populisten tun sich schwer, weil ihnen meist das Verständnis des Infotainments fehlt.

Besonders beliebt sind offenbar jene Politikerinnen und Politiker, die ungeniert, ja vulgär, ihre Verachtung für das antipopulistische Lager äußern. Sie „unterhalten“, indem sie Hass auf Geflüchtete schüren und effektheischende Tweets aussenden. Solche Verhaltensmuster werden von den heutigen Massenmedien verstärkt, deren Freiheit es nichtsdestotrotz zu verteidigen gilt. Können liberale Kräfte auf diesem Feld überhaupt gegen Populisten gewinnen, ohne sich die Hände schmutzig zu machen und die eigene Botschaft zu verraten?

Vielleicht müssen sich Demokraten bestimmte Mechanismen des Populismus zu eigen machen, statt ihre Agenda zu ändern. Emmanuel Macron etwa schlug Marine Le Pen 2017 mit deren eigenen Waffen. Überdies muss die liberale Demokratie jene Probleme lösen, die den Populismus nähren – und die weder

In Europa gibt es zunehmend Trends der Abschottung. In Großbritannien votierte eine Mehrheit für den Brexit (links), in Polen demonstrierten im Sommer 2017 Zehntausende gegen die Einschränkungen des polnischen Gerichtswesens. In Frankreich hingegen hatte kurz zuvor die rechtsextreme Marine Le Pen die Stichwahl gegen Emmanuel Macron verloren (unten)



auf soziale Ungleichheit noch Migration reduziert werden können.

Der neue Autoritarismus ist kein allgemein gültiges Schicksal europäischer Staaten. Zumindest in Polen beobachten wir weniger einen die Zukunft prägenden Trend, als vielmehr das letzte Aufglimmen von bereits vor 1989 schwelenden Konflikten innerhalb der antikommunistischen Opposition. Wer heute in Polen 20 oder 30 Jahre alt ist, hat völlig andere Lebenserfahrungen gemacht als die Generationen davor. Für sie sind Demokratie und ein geeintes Europa selbstverständlich. Zugleich gehören die nach 1989 Geborenen seit 1795, dem Jahr der Dritten Teilung Polens, zur ersten Generation, die in einem unabhängigen polnischen Staat aufwuchs. Sie sind eher zu Kompromissen bereit als die streitsüchtigen Gründerväter der jungen Republik.

Auch im internationalen Vergleich waren sich junge Menschen noch nie so ähnlich wie heute. Die „Millenials“ in Polen, Deutschland oder den USA schauen die gleichen Serien, hören die gleiche Musik und fordern nun – an die Freiheit gewöhnt – mehr soziale Gleichheit. Wir sollten diese Tendenz ernstnehmen. Nicht von ungefähr wurde in Frankreich eine Populistin älteren Jahrgangs von einem Politiker bezwungen, der noch keine 40 Jahre alt war. Es wäre verantwortungslos, junge Politikerinnen und Politiker nicht als Quelle der Hoffnung zu betrachten.

*JAROSŁAW KUISZ ist Chefredakteur der polnischen Wochenzeitschrift „Kultura Liberalna“ und lehrt als Rechtswissenschaftler an der Universität Warschau. KAROLINA WIGURA ist Soziologin an der Universität Warschau und leitet das Observatorium der Öffentlichen Debatte der Stiftung „Kultura Liberalna“*





# WIE BESTIMMEN SOZIALE UND KULTURELLE FRAGEN DIE NATIONALE UND EUROPAPOLITIK?

CECILIA HANSSON

Wir können mehr auf Kunst und Literatur hören, denn sie fördern Empathie und Verständnis und sind deswegen ein Schutz gegen totalitäre Strömungen

In diesen Zeiten, in denen das Politische in großen Teilen Europas jegliche Vernunft und Besonnenheit überflutet und der Kontinent im Begriff steht zu kentern, ist es an der Zeit, ernsthaft auf das Wissen und die Wahrheit zu hören, die in Kunst und Literatur zu finden sind. Denn noch existieren sie, die freien Künste, und sie sind ein ganz besonderer Schutzwall gegen die totalitären Unterströmungen, die Europa heute bedrohen.

In Kunst und Literatur nämlich werden Erfahrungen vermittelt, die über das rein Rationale und über das rein Emotionale hinausreichen. Wenn Herta Müller die Gesellschaft der Denunzianten im kommunistischen Rumänien beschreibt oder Elfriede Jelinek das Ausgeliefertsein von Geflüchteten, werden Zuschauerinnen und Zuschauer beziehungsweise Leserinnen und Leser von dem ergriffen, was Aristoteles als „Furcht und Mitleid“ bezeichnet.

Durch beides zusammen entsteht eine Katharsis, eine Läuterung, die uns hoffentlich zu tieferer Erkenntnis führt, zu Empathie und Verständnis. Zu Mitmenschlichkeit.

Man sollte also zuhören, wenn Herta Müller einen machtgeierigen Staatsmann in Osteuropa mit dem Diktator vergleicht, an den sie sich aus ihrer Zeit in Rumänien erinnert. Oder wenn Elfriede Jelinek in den prägnantesten Gesellschaftsschilderungen, die über Österreich je zu lesen waren, die Angelegenheiten der kleinen Alpenrepublik vor den Augen der Allgemeinheit ausbreitet. An dieser Stelle sollte erwähnt werden, dass 2016 in Wien eine Aufführung von Jelineks Stück „Die Schutzbefohlenen“ – in allen Rollen besetzt mit Geflüchteten – von Mitgliedern der ‚Identitären Bewegung‘ gestürmt und beschimpft wurde.

Und es gibt noch mehr Gründe, heute den Erfahrungen von Schriftstellerinnen und Schriftstellern und Künstlerinnen und Künstlern Beachtung zu schenken. In Ungarn und Polen verlieren unabhängige Künstlerinnen und Künstler und Journalistinnen und Journalisten ihre Arbeit – wovon parteitreue Kolleginnen und Kollegen profitieren. Man spricht von ‚Nationalkonservatismus‘, aber es gleicht eher totalitären Zeiten. Oder was soll man sonst dazu sagen, wenn eine freie Universität wie die Zentraleuropäische Universität in Budapest das Land verlassen muss, wenn Bildung und globale Perspektiven von der autoritären Regierung als Bedrohung angesehen werden?

Und in Österreich wird zurzeit der ORF, der öffentlich-rechtliche Fernseh- und Rundfunksender, von den Rechtspopulisten angegriffen, was besonders schwer wiegt, da diese Rechtspopulisten – deren nicht diskussionswürdige Ideen diesen Text nicht besudeln sollen – mit den Konservativen die Regierung bilden.

Haben wir wirklich das postkommunistische Europa, von dem viele von uns geträumt haben? Das Europa der EU? Ja, leben wir überhaupt in einem postfaschistischen Europa? Einem Europa, wie wir es haben wollen?

CECILIA HANSSON (geb. 1973) lebt als Schriftstellerin, Übersetzerin und freie Autorin in Stockholm. Sie ist studierte Germanistin, Vorstandsmitglied des Schwedischen Schriftstellerverbands und schreibt regelmäßig für die Tageszeitung Svenska Dagbladet über Mittel- und Osteuropa

## Kettenreaktion: Quer durch Europa denken

In dem Projekt des Goethe-Instituts stellen sich kluge Menschen kluge Fragen. Über Ländergrenzen hinweg entsteht so ein Austausch über die Herausforderungen, mit denen Europa konfrontiert ist.

Mehr dazu: [www.goethe.de/freiraum/kettenreaktion](http://www.goethe.de/freiraum/kettenreaktion)



# IST DAS FREIHEITLICHE PRINZIP „MY BODY, MY CHOICE“ HEUTE NOCH GARANTIERT?

SAMUEL HAMEN

Eine Garantie auf die souveräne Verfügungsgewalt über den eigenen Körper ist bislang immer mehr Utopie als Wirklichkeit gewesen. Eine Utopie, die heute wieder deutlich stärker in Gefahr gerät

Die Frage würde ich grundsätzlich verneinen, auch wenn die Nein-Skala je nach Land und Regierung stark variieren und hier und da sogar in Richtung eines schwachen Ja ausschlagen mag. Meinem Nein geht es nicht darum, liberale Errungenschaften der letzten Jahrzehnte zu schmälern, sondern darum, ihnen ihre falsche Selbstverständlichkeit zu nehmen. Letztlich war das freiheitliche Prinzip einer souveränen Verfügung über den eigenen Körper bislang noch nie garantiert – und wird es als Maxime des Miteinanders auch nie sein. Selbst wenn es in diesem papierdünnen Augenblick, in diesem Hier und Jetzt, in dem ich gerade lebe, so wirken mag, als habe man es mit einer Unumstößlichkeit zu tun, ist „My body, my choice“ ein mühevoll erarbeiteter, guter Leitsatz, der jederzeit einem archaischen Backlash zum Opfer fallen kann. In diesem Sinne ist den vielen emanzipatorischen Errungenschaften – auch in Europa – dieses Noch immerzu eingeschrieben: Für die einen sind sie noch garantiert und selbstverständlich, für die anderen hingegen sind sie noch (oder auch schon wieder) wenig verlässlich und umkehrbar.

Auch habe ich ein wenig Angst und viel Respekt vor den vielen Singularen in dieser Frage: Wessen Körper? Welches Europa? Sprechen wir über eine Schwangere, die abtreiben möchte? Stellen wir uns die Frage in Luxemburg? Oder in Polen? Oder sind alle Körper aller Menschen in allen europäischen Ländern gemeint? Gut möglich, dass in diesem Singular die grammatische Utopie eines vereinten, koordinierten Europas steckt, ein Wunschding zwischen Erfüllung, Erarbeitung und Gefährdung.

Jetzt könnte ich Mutmaßungen anstellen über die Gründe für einen solchen, möglichen Backlash, ich könnte über Gegenmaßnahmen sprechen, vielleicht selbst die ein oder andere vorlegen, vielleicht in Form einer couragierten Schmäherei gegen den Rechtsruck und die Reaktionäre. Das ist nötig, ja, aber meiner Meinung nach eher im Rahmen eines verantwortungsbewusst gelebten Alltags und weniger als einpeitschendes Manifest für Eingeweihte. Für Letzteres besitze ich auch weder das politische oder soziologische Know-how, noch liegt mir die Hau-

ruck-Rede besonders. Eigentlich kann ich hier wenig mehr tun als eine (schriftstellerische) Selbstanalyse abzuliefern, zu überlegen, wie ich lebe, denke und schreibe – und auf welche Weise die gesellschaftlichen Dynamiken der letzten Jahre auf diese Aktivitäten einwirken.

Tue ich das, dann stelle ich fest: Ich funktioniere viel zu oft geradezu automatisiert kulturpessimistisch, ich pflege ein ambigues Angstlustverhältnis zur proklamierten dekadenten Umbruch- und Endzeit, ich begegne diesem Fatalismus, der auch viele der Kettenreaktion-Essays kennzeichnet, mit einem oft reflexhaften, kurzsichtigen Aktionismus, ich merke, dass ich (noch?) keine diskursive Sicherheit in jenen Worten habe, mit denen wir zurzeit dauerhantieren: Nation, Europa, Populismus, Freiheit, Zukunft. Und dass, schließlich, resolute Ruhe und strenge Gelassenheit gerade nötig wären.

Ich habe dementsprechend ein wenig Angst, zugleich wenig Lust, abschließend mit diesen vielen Hochwertbegriffen zu jonglieren – das kann in meinem Fall nur tollpatschig oder possierlich werden. Es gibt eigentlich nur eine Fragenkette, die ich in die hohe Luft werfen möchte, um zu schauen, wie sie fliegt bzw. fällt: Empfindet der/die nächste Beiträger/in auch eine Art Kränkung darüber, dass sein/ihr Weltbild inklusive sicher geglaubter Vokabeln ins Wanken geraten ist? Ist dieser Schock, über „Freiheit“ nicht mehr nur als rhetorische Nullformel, sondern als gelebte prekäre Praxis sprechen zu müssen, der Grund für den (Hyper-)Aktivismus der Ratlosen, wie er einem zurzeit so oft in Leitartikeln, Essays und Reden begegnet? Kurzum: Hatten wir vielleicht noch nie eine Ahnung davon, was das ist: Freiheit?

SAMUEL HAMEN, geboren 1988 in Luxemburg-Stadt, studierte Germanistik und Geschichte an der Universität Heidelberg, wo er derzeit promoviert. Als freier Redakteur arbeitet er unter anderem für ZEIT Online, den Deutschlandfunk sowie die luxemburgische Wochenzeitung d'Lëtzebuurger Land



„Dies ist ein Standbild aus meinem Kunst-Video 'Turkish Night (AKM)', aufgenommen in Istanbul am abendlichen Taksim-Platz, dem Herzen der Bosphorus-Metropole. Während sich im Vordergrund Passanten und Fahrzeuge bewegen, entwickelt sich in den leeren Räumen des zum Abriss freigegebenen, nun fassadenlosen Opern- und Konzerthauses Atatürk Kültür Merkezi (AKM) ein phantastisch-psychedelisches Farbenspiel, welches das Gebäude ein letztes Mal zu einem kurzen rauschenden Leben erweckt.“

Das AKM ist ein zentrales Symbol der modernen, laizistischen Republik Türkei: Während der Gezi-Proteste 2013 machten Demonstranten es zum Symbol ihres Widerstands – und damit zum Hassobjekt der autokratischen türkischen Regierung.

Im März 2018 wurde es abgerissen, um einem Neubau Platz zu machen. Mit diesem Stück „bewegter Malerei“ nehme ich Bezug auf die in der Türkei wichtige Farbsymbolik in der Konstruktion kollektiver Bilder – aktuell ablesbar am groß angelegten Projekt des Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, der die bisherige Nationalfarbe *Rot* durch *Türkis* ersetzen will.“



**Philipp Lachenmann ...**  
... ist Jahrgang 1963 und stammt aus München, wo er Film sowie Kunstgeschichte und Philosophie studierte. Als Postgraduierter

ging er anschließend an die Kunsthochschule für Medien KHM in Köln. Von März bis August 2018 war er Stipendiat in der Kulturakademie Tarabya. Sie ist eine Initiative des Deutschen Bundestags und wird von der Deutschen Botschaft Ankara betrieben. Die kuratorische Verantwortung trägt das Goethe-Institut.

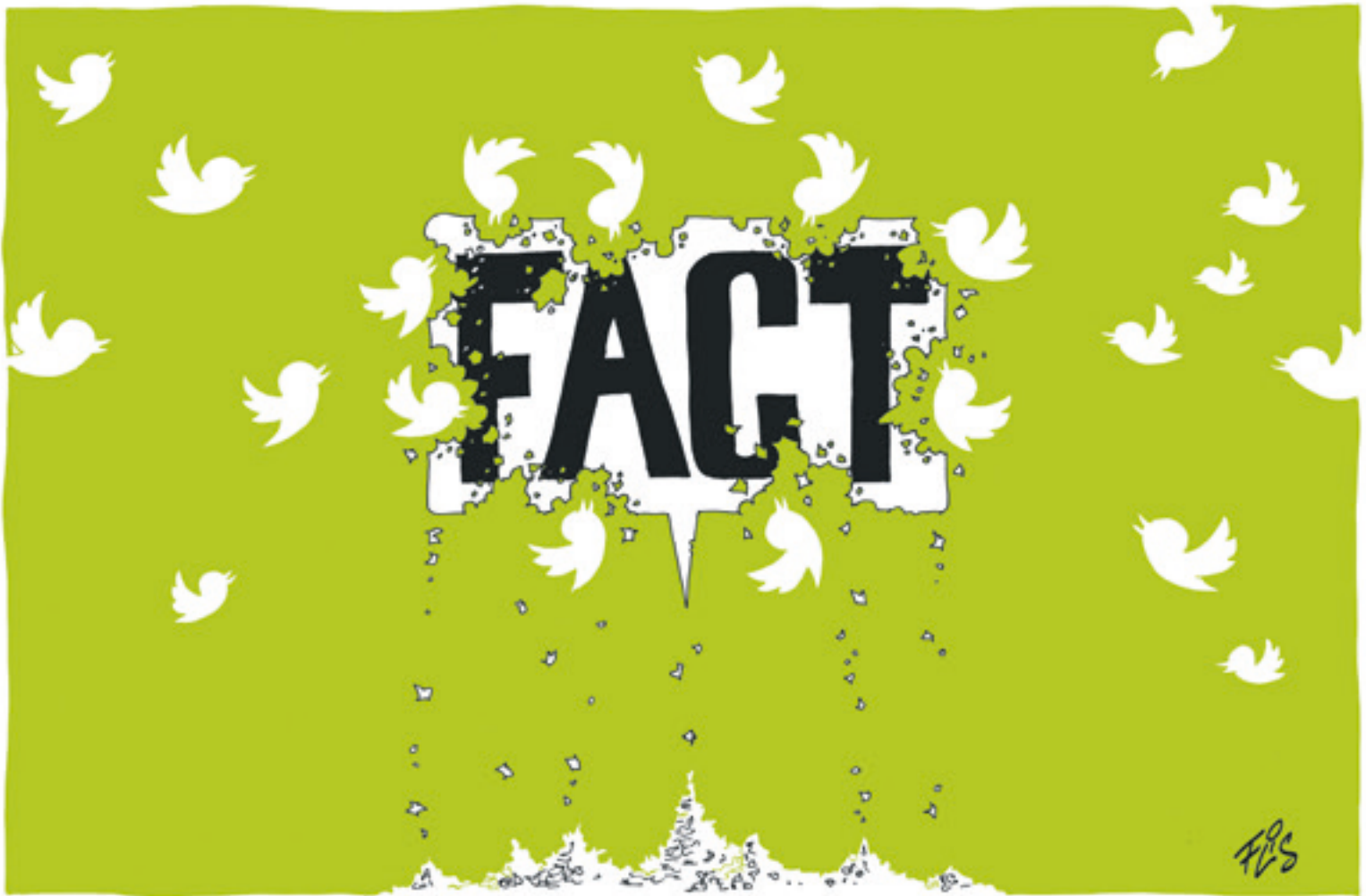
[www.kulturakademie-tarabya.de](http://www.kulturakademie-tarabya.de)

Als größter deutscher Anbieter von Residenzprogrammen lädt das **Goethe-Institut** jedes Jahr Künstlerinnen, Künstler und Kulturschaffende ein, für eine Zeit lang in einem anderen Land und einer anderen Kultur zu leben und zu arbeiten.

[www.goethe.de/residenzen](http://www.goethe.de/residenzen)







www.goethe.de/picturepolitics

ØYVIND SAGÅSEN NORWEGEN

Goethe-Institut e. V.  
Zentrale  
Dachauer Straße 122  
80637 München  
www.goethe.de

BERTELSMANN

 Finanzgruppe

 holtzbrinck  
Publishing Group

 Stiftung  
Vera und Volker  
Doppelfeld

Diese Beilage wurde ermöglicht  
durch die freundliche Unter-  
stützung folgender Unternehmen  
aus dem Wirtschaftsbeirat des  
Goethe-Instituts:



VOLKSWAGEN  
AKTIENGESELLSCHAFT

 WÜRTH

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Goethe-Institut e. V.  
Dachauer Straße 122  
80637 München  
Tel. +49 89 15 921 0

### Präsident:

Prof. Dr. h.c. Klaus-Dieter Lehmann

### Vorstand:

Johannes Ebert  
(Generalsekretär),  
Rainer Pollack  
(Kaufmännischer Direktor)

**Redaktion:** Dr. Jessica Kraatz Mag-  
ri (V.i.S.d.P.), Dr. Alexander Behrmann

© 2018, Goethe-Institut  
Nachdrucke, auch auszugsweise,  
nicht gestattet.  
www.goethe.de

### Verlag:

TEMPUS CORPORATE GmbH –  
Ein Unternehmen des ZEIT Verlags  
Alt-Moabit 94, 10559 Berlin  
Tel. +49 30 59 00 48 411

**Geschäftsführung:** Jan Hawerkamp  
**Projektleitung:** Dr. Joachim Schüring  
**Art-Direktion:** Christopher Delaney  
**Bildredaktion:** Beatrice Jansen

**Übersetzungen:** Sabine Wolf (S. 6–8,  
14–15), Michael Kegler (S. 10–13) Lukas  
Becht (S. 18–19),  
**Lektorat:** Frank Skerka

### Herstellung:

Dirk Woschei  
**Druck:** Axel Springer Offsetdruckerei  
Ahrensburg GmbH & Co. KG

**Erscheinungsdatum:** 25. Oktober 2018

### Bildnachweise:

Titelbild: Beatrice  
Jansen (nach einer Idee von Smilla  
Dankert); S. 2: Hamed Eshrat; S. 3:  
Martin Ebert, Herlinde Koelbl, Veyssel  
Ok; S. 7: Reuters/Andrew Kelly; S. 9:

Alexandra Klobouk; S. 11: Sergio Afonso;  
S. 12, 13: Hilla Poma; S. 15: Reuters/Lucas  
Jackson; S. 17: Thi Nguyen; S. 19:  
Reuters/Peter Nicholls, Reuters/Eric  
Feferberg/Pool, Grzegorz Zukowski;  
S. 20: Marin Vallin/Goethe-Institut; S. 21:  
Maria Mast/Goethe-Institut; S. 22–23:  
PLachenmann/VGBK, Philipp Lachen-  
mann; Rückseite: Øyvind Sagåsen